

Appell an die demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag sowie in den Landesparlamenten

Die weiter steigenden Umfragewerte der AFD sind ein unübersehbares Warnsignal. Sie zeigen, dass eine vom Verfassungsschutz als gesichert rechtsextrem eingestufte Partei zunehmend gesellschaftliche Akzeptanz erfährt – und dass die demokratischen Parteien dieser Entwicklung bislang nicht entschlossen und geschlossen genug entgegengetreten sind.

Wir „Omas gegen Rechts“ fordern alle demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag und in den Landtagen auf, ihre parteipolitischen Differenzen zurückzustellen und gemeinsam zu handeln. Der Kampf gegen die AFD kann nicht von einzelnen Parteien geführt werden. Er erfordert eine überparteiliche Allianz aller demokratischen Parteien im Deutschen Bundestag und in den Landtagen. Parteipolitische Differenzen müssen dort zurückstehen, wo die Grundlagen unserer freiheitlich demokratischen Grundordnung angegriffen werden.

Zugleich kann dieser Kampf nicht allein in den Parlamenten geführt werden. Er braucht eine überparteiliche Allianz der demokratischen Parteien sowie den zivilgesellschaftlichen Widerstand aller Demokratinnen und Demokraten.

Wir fordern die demokratischen Parteien auf, der bewussten Spaltungsstrategie der AFD geschlossen entgegenzutreten. Die AFD lebt davon, Keile zwischen Parteien zu treiben, demokratische Institutionen zu delegitimieren und das Vertrauen in den parlamentarischen Staat zu zerstören. Diese Strategie darf nicht länger aufgehen. Jede Übernahme von AFD-Narrativen – in Sprache, Problemdeutung oder politischer Schwerpunktsetzung normalisiert ihre Positionen und stärkt sie. Wer AFD-Rhetorik adaptiert, verschiebt den demokratischen Diskurs und spielt der AFD in die Hände.

Wir Omas gegen rechts fordern eine gemeinsame, sichtbare Haltung: klare, Abgrenzung, klare Sprache und konsequentes Handeln. **Demokratie darf nicht relativiert, taktisch verwaltet oder aus Angst vor Stimmenverlust preisgegeben werden.** Politische Verantwortung bedeutet, die demokratischen Grundlagen aktiv zu verteidigen – gemeinsam mit der Zivilgesellschaft.

Dazu gehört auch, die rechtsstaatlichen Möglichkeiten des Grundgesetzes konsequent zu nutzen. Ein transparentes, ernsthaftes Prüfverfahren der AFD muss endlich eingeleitet werden. Nicht als parteipolitisches Instrument, sondern als Verantwortung gegenüber der Verfassung und der demokratischen Ordnung unseres Landes.

Zögern heißt Verlieren! Spaltung hilft nur den Rechtsextremen. Jetzt braucht unsere Demokratien Haltung, Mut und gemeinsames Handeln. Alle demokratischen Parteien, alle Demokratinnen und Demokraten sind aufgerufen, sich dieser Verantwortung zu stellen. JETZT! GEMEINSAM!

Omas gegen Rechts aus dem Kreis Herzogtum Lauenburg

